

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich . . . 12 Mk. — 13 fr.
Halbjährlich . . 6 " — 7.50 fr.
Vierteljährlich 3 " — 3.75 "

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

MOLENBECK-BRÜSSEL: 31, rue du Comte de
Flandre.

LONDON: Selzer, Rose Street, 6.
Greek Street, Soho Square W.

NEUMUNSTER-ZÜRICH: Volkshandlung.

FÜR AMERIKA: P. Hoss, 608, North 3th. Street.
Philadelphia, Pa.

Die Laterne



No.

14.

Preis der Nummer:
20 Pfennig. — 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION: 31, Rue du Comte de Flandre.
Molenbeck-Brüssel.

Die Laterne



Die Konitzerer.

Wie in Frankreich unter dem genialen Napoleon, müssen sich heute in Deutschland die ehrlichen Leute verstecken und vorstellen, während die Spitzbuben die ganze Breite des Trottoirs einnehmen.

Hätte z. B. jene rheinische Dezemberbande, die das Spioniren und Denunziren zum Beruf hat und vor der, als ihr Treiben und ihr Treiber Konitzer entlarvt wurden, Jedermann, ohne Unterschied der Partei, sich mit Ekel abwandte, sich nicht längst in die Erde verkriechen müssen?

Jetzt hält sie öffentlich ihre Generalversammlungen ab, und die »Kölnische

Zeitung" berichtet spaltenlang, wie die Spitzel des "Deutschen Vereins" ihre saubere "Correspondenz" nicht bloß vertheidigen, sondern geradezu anrühmen!

"Eine geheime Thätigkeit konnt der Verein nicht!" ruft Herr Assessor Jung aus.

Und die geheimen Cirkulare?

Und die vertraulichen Berichte?

Und die anonymen Denunziationen!

Und die wahrscheinlich direkt aus der Feder Bismarck's geflossenen Artikel gegen die Kaiserin, die zu einer Verurtheilung der "Vereinskorrespondenz" geführt haben?

Wie kann nur der ideale Herr Jung die "idealen Interessen des Vereins" so sehr vergessen?

"Wir sind ein vorgeschobener Posten," sagt der ehemalige Communist Jung, "der gegen Ultramontane und Sozialdemokraten auf Wache steht."

Wie aber dieser vorgeschobene Posten seine Instruktion versteht, das zeigt derselbe Herr Jung alsbald, indem er einen Hirtenbrief des Bischofs von Ermeland als so beleidigend für Regierungen und Könige bezeichnet, dass es ihn (Jung) gar nicht wundern sollte, wenn dieser edle Glaubensheld nächstens vor dem geistlichen Gerichte, oder dem Martyrium seiner preussischen Kollegen zugesellt würde.

Dass man das Denunzieren als ein ehrsameres Handwerk treibt, ist in Deutschland, seit es Kaiserreich ist, etwas Alltägliches; aber sogar in eine Festrede Denunziationen einzuflechten, das ist unstreitig ein Meisterstück, welches Herrn Jung zum Rang — des ersten Denunzianten Europa's erhebt.



Wie der Redner stolz hervorhob, ist der "Deutsche Verein" der stärkste politische Verein Deutschlands, nach-

dem, Dank seinem denunziatorischen Bemühen, die sozialistischen Organisationen unterdrückt worden sind.

Er zählt über 10.000 Mitglieder in 141 Orten des Rheinlands.

Ausser den Wohlthaten des Reptilienfonds, über die der Vereinsbericht mit klugem „Stillschweigen“ hinweggleitet, hat der „Deutsche Verein“ von seinen zahlenden Mitgliedern im Jahre 1878 die Summe von 18,425 Mark eingenommen, von welchen er 14,671 Mark verausgabte.

An wen und wofür??

Natürlich nicht an die zahlenden Mitglieder, sondern an die Bezahlten, um „deutsche Gesinnung zu verbreiten.“

An Flugblättern und Schriften (die „Vereins Correspondenz“ einbegriffen), wurden, immer nach dem Bericht, 55,000 Exemplare verbreitet.

Das Stück zu 2 Pfg. Herstellungskosten angenommen, so beträgt die Ausgabe für Drucksachen circa 1100 Mark.

Rechnen wir ebenso viel für das Porto und das Doppelte als Gehalt des Vereinssekretärs, so wären 4 — 5000 Mk. der Ausgaben nachgewiesen.

Es fehlte nun blos noch, das Verbleiben der übrigen zehntausend Mark aufzuklären.

„Das fehlte uns allerdings blos noch!“ ruft hier Herr Jung.



Die Welt würde in der That schöne Augen machen, wenn sie aus den Belägen und Quittungen der Herrn Köntzner ersähe, wie der Verein bestrebt ist, „deutsche Gesinnungen durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu verbreiten.“

Vielleicht werden folgende Muster

von Berichten der Vereinsagenten an
andern Lesern eine Vorstellung von jener
"deutschen Gesinnung" geben, die der
Verein verbietet.



Bericht des Mitgliedes K. an den
Vereinssekretär.

"Die zwanzig Mark erhalten.
"Als gestern der Kaufmann P. in der
"Weinstube zur "Nelke" seinen Über-
"zieher ablegte, bemerkte ich aus der
"Seitentasche einer rothe Broschüre her-
"vorragen. Ich vernüthete gleich, dass
"es die "Laterne" sei und meine Ver-
"muthung bestätigte sich sofort, als ich
"mich dieses, eine so undeutsche Ge-
"sinnung athmenden Pamphlets be-
"mächtigte.

"Durch die Milchfrau des Betreff-
"enden habe ich erfahren, dass er das
"Schandblatt jede Woche unter Couvert
"erhält.

"Ich habe ihm sofort zwei Kunden
"entzogen, die Mitglieder unseres Ver-

neins sind, und ihn ausserdem der
"Staatsanwaltschaft denunziert, die aber
"kleiderohnmächtig ist, da das Sozial-
"istengesetz nur die Verberereitung, nicht
"aber das Halten und Lesen verbotener
"Schriften strafbar macht."

"Auslagen; der Milchfrau 1 M. —
Porti 30 Pf.

Summa 1 M. 30 Pf.

Oder Folgendes:

Der Sekretär an das Mitglied K.

"Es ist für uns sehr wichtig, zu wissen,
"welche Haltung die Centrumspartei
"nach der, in sicherer Aussicht, stehenden
"Beilegung des Kulturkampfes an-
"nehmen wird."

"Lassen Sie sich in das katholische
"Kasino aufnehmen. Anbei der Jahres-
"beitrag. Theilen Sie mir mit, wie
"viel Sie brauchen würden, um even-
"tuell ein Attentat zu organisiren."



Der berühmte Reisende Colderidge hatte in Köln stobzig verschiedene Gefühle konstatiert. Wenn er denjenigen erlebt hätte, in welchem der „Deutsche Verein“ und sein Festrédner Jung stehen, so wären ihm alle 70 andern dagegen wie Kölnisches Wasser vorgekommen.

Was Herrn Classen, den Revisor des Vereins, betrifft, so war er vorsichtig genug, sich aus Barmen einen Respiator zu verschreiben, um bei seiner Revisionsarbeit nicht zu ersticken.

Dieser Jung ist derselbe, der 1848 den Märzgefallenen auf dem Friedrichshain die Grabrede hielt und die Rache des Himmels auf die Hohenzollern herabbeschwörte.

Der Himmel hat ihn gehört, denn schwerer konnten die Hohenzollern nicht gestraft werden, als dass Subjekte wie Jung und Konitzer sie vor der Revolution vertheidigen müssen.



Im Reichstag hat Liebknecht den General-Post-Konitzer am Kragen erwischt und derb abgeschüttelt.

Herr Stephan weiss nun, dass man mit Cynismus nicht immer durchkommt.

Vorgeblich versuchte er, die den Postbeamten durch sein Rundschreiben vom 5. Februar befohlene Verletzung des Briefgeheimnisses für „unerlässlich“ zu erklären und über die Bemerkungen unseres Freundes mit hochmüthiger Ironie zur Tagesordnung überzugehen.

Wären die Briefe an und von Sozialdemokraten äusserlich erkennbar, so hätten die Liberalen und Katholiken vernünftlich nicht viel gegen deren Unterschlagung einzuwenden, aber seitdem es in Kiel vorgekommen ist, dass man einem Banquier einen Geldbrief eröffnet zustellte, mit der Entschuldigung, man habe geglaubt, er enthalte „Laternen“, fürchten die Finanziers mit Recht, ein Beamter nach dem Herzen Stephans könne in über-

triebenem Dienstleister ein Päckchen Banknoten für eine Laterne ansehen.



Mehrere Postbeamten ersuchen uns, unter Einsendung ihres Abonnementsbetrags, dem Abgeordneten Liebknecht auf diesem Wege ihren Dank für seinen Protest gegen die unwürdige Verordnung vom 5. Februar auszusprechen. Geschieht hiermit.



Hoffentlich wird sich Herr Stephan durch diesen klönen parlamentarischen Misserfolg nicht in der Fortsetzung seiner rottenden Thätigkeit stören lassen.

Er weiss ja, dass das Murren des Reichstags nicht viel zu bedeuten hat, — ein Sturm in einem Waschbecken.

Unsere Gesetzgeber haben bisweilen solche kleine Anfälle von Ehrlichkeit, eine Art von Gewissenskrämpfen, aber das dauerhöchstens eine Stunde, dann folgt eine mehrtägige Schwäche und Mattigkeit, nach deren Verlauf sich das ursprüngliche Konitzer-Temperament wieder in seiner ganzen Munterkeit einstellt.

Zudem gehört das Briefstellen schlechterdings zum Programm des Kaiserreichs.

Wie könnte ein so wesentliches Stück aus dem Inventar des französischen Kaiserreichs vergessen werden.

Erinnert man sich nicht, des Skandals, den 1868 die Entdeckung des „schwarzen Kabinetts“ in Paris hervorrief?

Der Postdirektor Vandal musste damals seine Entlassung geben. Hoffentlich wird in diesem letzteren

Punkt Herr Stephan das Vorbild des deutschen Empire nicht nachahmen.



Deutschland und Russland.

Die „Kölnische Zeitung“ hat hervor, dass unter den fünf Polizeibeamten, die sich die russischen Nihilisten bis jetzt für ihre Attentate ausgesucht haben, nur zwei russische, aber drei deutsche Namen finden: Heyking, Knop und Drenteler.

Was soll man daraus schliessen?

Ist das Verhältniss 2 : 3 ein durchgängiges zwischen den russischen und deutschen Spitzeln in Petersburg?

Macht Deutschland ein Exportgeschäft in Spionen?

Ist die Petersburger Regierung zur Beherrschung aller Reussen auf die Mitwirkung der deutschen Bundesgenossenschaft angewiesen?

Oder avanciren die Deutschen leichter in dieser Branche?

Oder endlich machen sich unsere Landsleute durch grössere Rohheit besonders verhasst?

Die Auslieferung des Sozialisten Arthur Freemann seitens der preussischen Regierung an die russische zeigt wieder einmal, wie solidarisch beide sind.

Nur muss zum Ruhme der Petersburger Despoten hervorgehoben werden, dass sie noch keinen deutschen Sozialisten an Preussen ausgeliefert haben, obwohl die Gelegenheit nicht gefehlt haben mag.

Dies berechtigt zu dem Schluss, dass unser grosser Staatsmann, der bekanntlich nichts umsonst thut, für jeden durch seine Mitwirkung nach Sibirien Gekieften ein Trinkgeld empfängt, während umgekehrt das arme deutsche Reich ausländische Polizistendienste, wie z. B. die des französischen Ausstell-

ungsdirektors Georges Berger, höchstens durch den rothen Adlerorden remunerirt, dessen Werth in dem barbarischen Russland nicht genügend geschätzt wird.

So wirkt das Bismarck'sche System nach allen Seiten hin ansteckend, hefruchtend: nach Russland, Frankreich, der Schweiz, Holland, Belgien.

Ehemals waren Petersburg, Wien, Paris die Centralherde der Spionagepost. Heute ist, Dank dem Liberalismus und seiner Devise: „Durch Einheit und Freiheit“, die Wilhelmstrasse in Berlin das moralische Wetlianka geworden.



Dem Grafen Eulenburg, der, um seine

abenteuerlichen Polizeikniffe zu rechtfertigen, uns des Einverständnisses mit den Nihilisten beschuldigt, muss bei den Nachrichten aus Russland ein wenig unheimlich zu Muth werden.

Er und seine Moucharfs mögen sich indess beruhigen. „Deutschland ist keine Mördergrube.“ Wenigstens würden nicht die Sozialdemokraten es zu einer solchen machen.

Auf der andern Seite werden wir freilich auch nicht gestatten, dass man es in eine „Kinderstube“ verwandle.

Glaubt Ihr denn, wie ein Schwamm vormöchte Euer Gesetz die achtzehn Jahre unserer rastlosen Agitation von der Stirn des deutschen Arbeiters hinwegzuwischen?

Wie kindisch?

Der Sozialismus klebt nicht aussen an seinem Kopf, sondern steckt inwendig.

Darum bedürfen wir keiner "Chefs",
keiner geheimen Organisation, keiner
Revolver und Dolche, um zu unserm
Ziel zu gelangen, sondern lediglich der
Ausdauer.

Und die haben wir.

Attentate, wie die russischen, wür-
den Euch nur erwünschte Vorwände
liefern, zu behaupten, das deutsche
Proletariat sei "nicht reif".

Nur Günstlinge des liberalen Narron-
königs Skarig erweisen Euch derartige
Gefälligkeiten.



Anstatt selbst Attentate zu begehen,
verzeichnen wir ruhig, aber aufmerk-
sam Diejenigen, die ihr an der Freiheit,
am Gut und Blut des Volkes und an
gesunden Menschenverstande verübt.



Rede Liebknechts über den Belagerungszustand.

(Reichstags Sitzung vom 17. März 1879.)

Meine Herren! Ich hätte erwartet,
dass der anwesende Herr Vertreter
der Reichsregierung den zur Verhand-
lung stehenden Rechenschaftsbericht
vorher mündlich begründet und ergänzt
hätte, denn in dem Bericht selbst, wie
er uns vorliegt, habe ich eine Begründ-
ung der ausserordentlichen Massregel,
welche über Berlin und Umgegend ver-
hängt worden ist, nicht zu erkennen
vermocht. Es wurde ausdrücklich be-
stimmt, und stand sogar in den Motiven
der Reichsregierung zu dem ursprüng-
lichen § 20, welcher in der definitiven
Fassung § 28 geworden ist, dass der
Civilbelagerungszustand bloß prokla-
mirt werden solle, "um für gewisse
Eventualitäten der Nothwendigkeit
einer Erklärung des Kriegszustandes
überhoben zu sein," d. h. mit andern
Worten, bloß in solchen Fällen, wo Ge-
fahr für die öffentliche Sicherheit von
ausen oder von innen durch einen

Feind des Landes oder Staates drohe.

Nun, meine Herren, als gegen Ende des Monats November vorigen Jahres der Belagerungszustand über die Reichshauptstadt vorhängt wurde, erwartete man allgemein nicht bloß in Deutschland, sondern auch im übrigen Europa und in der Welt, dass der Bundesrath durch die gewichtigsten Gründe zu dieser schweren Massregel bestimmt worden sei.

Wenige Tage nachher, am 9. Dezember, hatte Graf zu Eulenburg Gelegenheit, in dem preussischen Landtage eine Interpellation betreffs Verhängung des Belagerungszustandes zu beantworten. Solche Antwort hat einfach darauf hinaus, dass die Regierung besondere Thatsachen gegen die Sozialdemokratie, aus welchen sich auf irgend welche Gewaltthaten schliessen lassen, nicht kenne; dass positives Beweismaterial in Bezug auf die von der Regierung befürchteten Gefahren nicht vorliege; dass aber dem Reichstage weiteres Material vorgelegt werden solle.

Das Abgeordnetenhaus hatte in die Sache nicht hineinzureden, — mit der Interpellation und deren Besprechung war es gethan, Beschlüsse konnten nicht gefasst werden.

Nun ist der Reichstag versammelt. Graf Stolberg, der Stellvertreter des Reichskanzlers, hat dem Reichstag seinen Bericht vorgelegt, und ich kann mir sagen, wenn in dem mündlichen Bericht des Grafen zu Eulenburg vor dem Landtag nichts enthalten gewesen ist, so ist in diesem Rechenschaftsbericht für den Reichstag ebenfalls absolut nichts Thatsächliches enthalten.

Ich werde nachweisen, dass alles dasjenige, was damals in dem mündlichen Bericht des Grafen Eulenburg gesagt wurde und jetzt in dem schriftlichen des Grafen Stolberg gesagt wird, entweder ganz irrelevant ist oder auf unrichtiger Information der Reichsregierung beruht.

Aus jenem mündlichen Bericht habe ich bloß eine Aeussderung zu erwähnen, die sich nicht in dem uns vorgelegten schriftlichen Bericht befindet, und die

ich zuerst erledigen will. Graf zu Eulenburg behauptete nämlich, dass die Aeusserungen der sozialdemokratischen Redner im Reichstag sowie die Aeusserungen der sozialdemokratischen Pressorgane hätten nicht erkennen lassen, welche Haltung die Sozialdemokratie dem Sozialistengesetz gegenüber einzunehmen gedenke; die Aeusserungen seien weit auseinandergegangen: „von der Andeutung des Widerstandes, der demselben entgegenzusetzen sein würde,“ so drückte sich Graf zu Eulenburg aus, „von dem Hohn, der der Möglichkeit einer Wirksamkeit dieses Gesetzes in allerdrastischster Weise entgegengesetzt wurde, gingen diese Aeusserungen bis zur Andeutung einer völlig friedlichen Unterwerfung unter die gesetzlichen Vorschriften.“

Ich muss dieser grundfalschen Auffassung gegenüber feststellen, dass sowohl von unseren Zeitungen, als namentlich von den sozialistischen Abgeordneten in den Reichstagsverhandlungen bei den drei Lesungen des Sozialistengesetzes mit völliger Ein-

müthigkeit und unzweideutiger Bestimmtheit erklärt worden ist: die Sozialdemokratie wird sich auch diesem Gesetz unterwerfen, wissend, dass sie gerade dadurch den besten Beweis liefern wird, dass die gegen sie erhobenen Beschuldigungen unwahr sind, und wissend, dass jeder andere Weg sie, die Sozialdemokratie, zum Verderben führen würde. Was die Behauptung des Grafen zu Eulenburg angeht, dass der Möglichkeit der Ausführung des Gesetzes in allerdrastischster Weise Hohn entgegengesetzt worden sei, so beruht dieselbe darauf, dass Graf Eulenburg die Aeusserung meines Freundes Bracke, die hier offenbar gemeint ist, vollständig missverstanden hat. Der Ausdruck Bracke's, der — allerdings sehr unparlamentarisch — lautete: „wir pfeifen auf das Gesetz,“ sollte nicht besagen: wir fügen uns dem Gesetz nicht, sondern es sollte damit eine geschichtliche Wahrheit ausgesprochen werden, (Gelächter) die in tausenden von Beispielen erprobt ist, dass eine Geistes- und Gedankenricht-

ung, dass eine Partei nie und nimmer durch Gesetze, durch gewaltsame Unterdrückung beseitigt werden könne. Bracke hat dies selbst später ausgeführt und im Reichstag die Erklärung gegeben, er habe drastisch ausdrücken wollen, dass unsere Partei durch das Sozialistengesetz nicht vernichtet werden könne. Die unparlamentarische Form, die ich keineswegs gutheissen will, ist bellänfig von Bracke nachträglich bedauert worden.

Kurz, meine Herren, es ist übereinstimmend von den Organen unserer Presse und von den Vertretern unserer Partei im Reichstage erklärt worden, dass, wenn das Sozialistengesetz angenommen wird, wir selbstverständlich das Gesetz beobachten werden, weil unsere Partei ja eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes ist und nicht eine Partei, die gewaltsam Revolution machen will, was überhaupt ein Unsinn ist.

Nachdem ich dies richtig gestellt habe, komme ich zu dem schriftlichen

Rechenschaftsbericht. Es wird darin zu Anfang gesagt:

„Das Gesetz hatte zwar die ostensiblen Kundgebungen derselben — der Sozialdemokraten — im Wesentlichen beseitigt und ihre äussere Organisation zerstört, aber nicht ausgerichtet, um der auf die Erregung des Klassenhasses und auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Agitation überall ein Ziel zu setzen.“

Meine Herren, ich leugne, wie ich es geleugnet habe, als ich das letzte Mal im vorigen Oktober auf dieser Tribüne stand, wie alle meine Freunde es geleugnet haben, — ich leugne aufs Emphatischsten, dass unsere Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet seien. Ausserdem habe ich zu erklären, dass seit Annahme des Sozialistengesetzes absolut nicht die geringste Handlung vorgekommen ist, aus welcher der Schluss gezogen werden könnte, dass unsere Partei eine andere Haltung als die von mir vorhin

gekennzeichnete der Unterwerfung unter das Gesetz befolgt oder auch nur beabsichtigt habe. Alles, was zu dem Gegentheil gesagt wird, ist nicht zutreffend. Ich glaube, es steht fast ohne Seitenstück da in der Geschichte, dass eine Partei, die in solcher Weise angegriffen worden ist, wie die unsrige, der, nachdem sie bis zu einem gewissen Mass die Freiheit der Rede, die Freiheit der Presse und der Versammlung gehabt hat, plötzlich jede Freiheit, jedes Recht genommen, jede Möglichkeit, ihre Ansichten zu vertreten, für ihre Prinzipien Propaganda zu machen, abgeschnitten, dass eine solche Partei sich so, wie es seitens der unsrigen geschehen ist, in die neue Ordnung gefügt hat, ohne dass auch nur der geringste Exzess vorgekommen wäre. Kann mir etwa nachgewiesen werden, dass in irgend einem Theil Deutschlands und speziell hier in Berlin die geringste Ausschreitung vorgekommen, die Ruhe gestört worden, irgend eine Gewaltthätigkeit vorgekommen ist? Man kann es nicht. Unsere Partei hat sich

durchweg dem Gesetze gefügt und jede Behauptung des Gegentheils ist eine Unwahrheit.

Es heisst weiter im Bericht:

„Namentlich in Berlin und dessen Umgebung liessen mannigfache Anzeichen erkennen, dass es keineswegs in der Absicht der Leiter der sozialdemokratischen Bewegung lag, von der agitatorischen Verfolgung ihrer Tendenzen Abstand zu nehmen und so weiter.“

So viel ist allerdings richtig, wenn Graf zu Eulenburg — oder Graf zu Stolberg — etwa von uns erwartet hat, dass wir unsere Grundsätze aufgeben, dass wir aufhören würden, Sozialdemokraten zu sein, dann hat er sich gründlich geirrt. Und wenn das bezweckt wird, dann wird es nöthig sein, dass noch ganz andere Massregeln getroffen werden. Das sollte ja aber nicht der Zweck des Sozialistengesetzes sein. Jedenfalls wird die Existenz unserer Partei durch dasselbe nicht berührt. Die Sozialdemokratie besteht nach diesem Gesetze fort, wie sie vor dem Ge-

setze bestanden hat; sie wird nach wie vor sich weiter entwickeln. Ich frage: ist etwas geschehen — und darum allein kann es sich hier handeln — wodurch das Gesetz verletzt wurde? Haben unsere Genossen in Berlin Agitation betrieben, welche dem Gesetze vom 21. Oktober 1878 zuwiderläuft? Der Herr Graf zu Stolberg ist jetzt in diesem schriftlichen Bericht, wie früher der Herr Graf zu Eulenburg in seinem mündlichen Vortrag im Abgeordnetenhaus, die Antwort, den Beweis schuldig geblieben. Doch da haben wir ja! Die offene Agitation war uns genommen; an Stelle dessen trat die geheime Propaganda." — Ja, meine Herren, was heisst »geheime Propaganda?« Dass Sozialdemokraten mit Sozialdemokraten verkehren und reden, kann ihnen ebensowenig verwehrt werden, als dem Grafen zu Stolberg, dass er mit dem Grafen zu Eulenburg redet. Geistesverwandte werden stets miteinander verkehren. Durch den Privatverkehr von Gesinnungsgenossen und Geistesverwandten untereinander ist aber

noch nicht die Thatsache einer strafbaren »geheimen Propaganda« konstituiert, die allein eine Begründung, ein Motiv für die Massregel, welche über Berlin verhängt worden ist, abgeben könnte, übrigens auch schon nach dem gemeinen Recht strafbar wäre.

Es heisst in dem Bericht ferner:

»Die sozialdemokratische Partei war auf das eifrigste bemüht, die öffentlichen Versammlungen durch verborgene, auf eine geringe Anzahl von Personen beschränkte Zusammenkünfte, die offene Vereinsthätigkeit durch geheime Vereinigungen in kleinen, von einander unabhängigen Kreisen zu ersetzen, welche durch Vertrauensmänner zu einander in Beziehung standen und von den Führern der Partei die Parole erhielten.«

Nun, meine Herren, da haben wir ja, das ausgebildetste System von geheimen Gesellschaften. Wo sind aber die Beweise? Man ist sie schuldig geblieben. An allen diesen geheimen Gesellschaften ist nicht ein wahres Wort. Die Wahrheit ist: den Sozial-

demokraten in Berlin ist die Möglichkeit, in Volksversammlungen zusammen zu treten, abgeschnitten worden, und nicht blos das; man hat ihnen die grösseren Verkehrslokale in Folge der Beeinflussung durch die Polizei verschlossen. Unsere Bekannten und Freunde sind sonach nicht mehr im Stande, in den grösseren Lokalen gesellschaftlich zu verkehren, aus denen sie wie Dirnen auf das Betreiben der Polizei hinausgewiesen worden sind. Dass man unter solchen Umständen nach Erlass des Sozialistengesetzes auf den Privatverkehr angewiesen war, wie dies auch in andern Theilen Deutschlands der Fall, dass man, wenn man ein grösseres Lokal nicht mehr betreten konnte, sich in kleinere Lokale begab, die von Parteigenossen oder Gossinnungsverwandten gehalten wurden, und aus denen man nicht befürchten musste, hinausgewiesen zu werden, das versteht sich einfach von selbst, und Herr Graf zu Eulenburg würde mit seinen Genossen genau dasselbe thun, wenn er in ähnlicher Lage wäre.

Das sind aber keine geheimen Gesellschaften.

„Die Parole — heisst weiter — war darauf gerichtet, Unzufriedenheit mit den politischen und wirthschaftlichen Zuständen und Hass gegen die Regierung zu verbreiten.“

„Wer sagt es, dass diese Parole gegeben worden ist? Ich dünkte, ich müsste es wissen, wenn es wahr wäre. Ich weiss aber nichts davon und keiner meiner Freunde weiss etwas davon; und wenn Herr Graf zu Eulenburg und Herr Graf zu Stolberg uns nicht die Beweise bringen können, dann sage ich ihnen: Sie sind durch überoifrige Polizeiorgane und Berichterstatter irreführt worden. Wahr ist es nicht. Beiläufig haben wir es gar nicht nöthig, die Unzufriedenheit mit den politischen und wirthschaftlichen Zuständen zu erregen und Hass zu verbreiten. Das wird von Andern besorgt.“

Als das Sozialistengesetz angenommen wurde, glaubte ein grosser Theil des Bürgerthums, jetzt würde plötzlich, indem die vermeintlichen „Hetzerelen“

beendet seien, auch Ruhe und Wohlstand in das deutsche Vaterland zurückkehren. Nun, meine Herren, eine wunderbare Ironie des Schicksals hat es gefügt, dass genau — fast auf den Tag — zu der Zeit, wo das Sozialistengesetz proklamiert wurde, wo das tausendjährige Reich des Wohlstandes und der Ruhe für Deutschland eintreten sollte, der Bankrott der City-of-Glasgow-Bank in England erfolgte und der grosse Krach ausbrach, infolge dessen die Krisis von Neuem mit frischen Kräften ihren Umzug durch die Welt begonnen hat. Also von einer wirtschaftlichen Besserung hat man nichts verspürt, und was die Ruhe und den Frieden unter den Klassen betrifft, — nun, meine Herren, ich habe hier ein nicht-sozialdemokratisches Organ, ein uns sehr feindliches Blatt, die „Magdeburger Zeitung“ vom 5. Februar d. J. Da wird geklagt, „in gewissenloser Weise werde der Krieg aller gegen alle in die Massen hineingetragen.“ Wer ist es denn, der „in gewissenloser Weise den Krieg aller gegen alle, den Interessenkampf

entfesselt hat?“ Wir nicht, die Sozialdemokratie ist seit vorigem Oktober von der politischen Bühne vordrängt. Und doch „der Kampf aller gegen alle!“ Also auch nach dieser Richtung hin hat man sich gettäuscht. Sowenig Sie durch das Sozialistengesetz den Wohlstand bekommen haben, ebensowenig haben Sie durch dasselbe den inneren Frieden und die Eintracht der verschiedenen Klassen bekommen.

Weiter:

„Denselben Zweck verfolgte der von den Parteiführern empfohlene Plan, öffentliche Versammlungen aller Art zu besuchen, um in denselben sozialdemokratische Tendenzen zur Geltung zu bringen und auf diese Weise andere Parteien in Mitleidenschaft zu ziehen.“

„Meine Herren, wenn man der Sozialdemokratie als Partei das Versammlungsrecht entzieht, so wird selbstverständlich der einzelne Sozialdemokrat von dem Versammlungsrecht anderer Parteien möglichst zu profitieren suchen; er nimmt faktisch das Versammlungs-

recht, wo er es eben findet und geht in die Versammlungen anderer, nicht geächteter Parteien. Er thut damit einfach, was der politische Selbsterhaltungstrieb ihm gebietet, und was jeder Angehörige anderer Parteien in dem gleichen Falle thun würde. Ubrigens müsste ich erst durch den Verfasser dieses Rechenschaftsberichts belehrt worden, dass es ein Verbrechen ist, eine öffentliche Volksversammlung zu besuchen, ich dünkte doch, das Sozialistengesetz hätte den Sozialdemokraten nicht die Fähigkeit abgesprochen, die gewöhnlichsten staatsbürgerlichen Rechte auszuüben, oder fasst man etwa in Regierungskreisen das Sozialistengesetz im Widerspruch mit dem Reichstag, so auf, dass es kurz und bündig bedeu- tet: die Sozialdemokratie ist verboten, jede öffentliche und private Aeusserung, die sich auf sozialdemokratische Gesinnung zurückführen lässt, ist verboten, wird mit so und so viel Strafe belegt; jeder Sozialdemokrat ist bürgerlich todt? Ja, meine Herren. (zum Bundesrathstisch) wenn das Sozialistengesetz

so lautete, dann würden Sie Recht haben, aber da es nicht so lautet, haben Sie Unrecht.

Ich fahre fort:

Wenn ferner in Folge der Ausführung des mehrerwähnten Gesetzes die sozialdemokratische Partei in der Benutzung der Presse zur Verbreitung ihrer Lehren beschränkt war, so suchte sie, wie es seitdem in wachsendem Masse geschehen ist, einen Ersatz dadurch zu schaffen, dass sie Zeitungen und Flugblätter ihrer Richtung im Auslande drucken und heimlich einführen liess.

Als ich diesen Paragraphen las, muss ich sagen, habe ich doch gestaunt, obgleich ich im Ganzen auf den Inhalt, das heisst auf den Inhalt dieses Aktenstückes völlig vorbereitet war. Mit diesem Passus können drei Zeitungen blos gemeint sein: das Blatt, welches unser ehemaliger Kollege Most in London herausgibt; ein zweites Blatt, die „Laterné“, welche von meinem Freunde Karl Hirsch in Brüssel heraus-

gegeben wird, und drittens die in Zürich erscheinende „Tagwacht.“

Meine Herren, um die Verhängung des Belagerungszustandes zu rechtfertigen, wird hier angeführt, dass wir im Ausland Zeitungen gegründet haben. Wohlja, die letztgenannte Zeitung besteht schon seit Jahren, hat schon 1 oder 6 Jahre vor Annahme des Sozialistengesetzes bestanden, kann also hier nicht in Frage kommen; die zwei anderen Blätter dagegen sind erst nach Verhängung des Belagerungszustandes gegründet worden, ja nicht bloß post sondern auch propter, in Folge der Verhängung des Belagerungszustandes. Most, der, als der Belagerungszustand verkündigt wurde, in Plötzensee sass, wurde sofort nach seiner Freilassung im Dezember ausgewiesen. Was sollte er thun? Im Inland war ihm jede Exstanz abgeschnitten und er hatte wahrlich Erfahrungen gemacht, die ihm das deutsche Vaterland für den Moment in sehr unangenehmem Lichte erscheinen lassen mussten — da ist er denn nach dem Auslande gegangen. Ursprünglich

hatte er die Absicht, sich nach Amerika zu begeben. Er traf aber auf der Fahrt dahin in London Freunde, welche ihm rathen, dort zu bleiben und ein Blatt zu gründen! Also in Folge seiner unter dem Belagerungszustande über ihn verhängten Ausweisung hat er erst dieses Blatt gegründet. Es ist allerdings eine gar seltsame Verwechslung von Ursache und Wirkung: eine Wirkung des Sozialistengesetzes als Ursache und Motiv des Sozialistengesetzes anzuführen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der „Laternen“ von Karl Hirsch. Die „Laternen“ wurde gegründet, nachdem Hirsch aus Paris ausgewiesen worden war. Und zwar erfolgte diese seine Ausweisung erst nach Annahme des Sozialistengesetzes; und wie Hirsch in seinem Blatte ausdrücklich mitgetheilt hat, ist er deshalb nach Brüssel, in das Ausland gegangen, weil er in Folge des Belagerungszustandes seinen ursprünglichen Plan, in Berlin eine Zeitung herauszugeben, nicht ausführen konnte. Also, meine Herren, wiederum eine

Wirkung des Belagerungszustandes, die uns als Ursache, als Motiv des Belagerungszustandes vorgeführt ist. Da von den im Ausland erscheinenden Blättern die Rede ist, muss ich mich gegen das Bestreben verwahren, unsere Partei für die Sprache dieser Blätter verantwortlich zu machen. Es geschieht das nicht direkt in dem Rechenschaftsberichte, aber desto geflüchtlicher in Zeitungen, welche in dem Rufe stehen, von der Reichsregierung inspiriert zu sein. Für Alles, was im Auslande von wirklichen und auch angeblichen Sozialdemokraten geschrieben wird, soll unsere Partei solidarisch haftbar sein, und das im Ausland unter anderen Gesetzen und Verhältnissen Geschriebene wird gewissermassen als die eigentliche Parole, als das wahre Gesicht der Partei hingestellt.

Ich würde ein Feigling sein, wenn ich hier formell desavouieren wollte, was Parteigenossen im Ausland schreiben. Das steht mir nicht zu. Aber, meine Herren, unterscheiden Sie wohl: Jeder ist natürlich für seine eigenen

Handlungen verantwortlich; unsere Partei als solche hat mit dem, was in der ausländischen Presse von Sozialdemokraten geschrieben wird, absolut nichts gemein; ja, ich kann sagen, dass sehr viele der einflussreichsten Parteigenossen es im Interesse der Partei lebhaft missbilligt haben, dass im Auslande von deutschen Parteigenossen Zeitungen gegründet wurden, weil man der Meinung ist, dass durch extreme Aeusserungen, die in solchen Blättern ja zu erwarten sind, unser ohnehin schwerer Stand in Deutschland noch erschwert werde. Wie gesagt, mir fällt nicht ein, von der Rednerbühne des Reichstags desavouieren zu wollen, was in London, Brüssel u. s. w. geschrieben wird; jedoch auf Eines möchte ich noch aufmerksam machen. Wenn die Sprache Most's Ihnen heftig scheint, haben Sie darin nicht die notwendige Folge dessen, was in Deutschland geschehen, was ihm persönlich widerfahren ist? Hätte man die friedliche Entwicklung in Deutschland erlaubt, hätte man unser Volk durch das

Sozialistengesetz nicht vom Wege der organischen Reform abgedrängt, so würde die Sprache der sozialistischen Organe, je mehr die Partei zu praktischem Wirken, zu praktischer Agitation genöthigt gewesen wäre, entsprechend gemässigt worden sein, wie es thatsächlich bereits der Fall gewesen ist. Von dem Moment aber, wo man ein Volk von der organischen Weiterentwicklung abdrängt, wo man durch Unterdrückung und Verfolgung die Leidenschaften des Individuums aufstacheln, wird auch die Sprache der Leidenschaft sich finden. Wer Wind säet, wird Sturm ernten; wer Männer, wie Most, systematisch verfolgt, dass sie jahrelang nicht aus dem Gefängnis heraus kommen, darf sich nicht wundern, wenn die Sprache solcher Männer gereizt, überreizt wird. Ich bin überzeugt, wenn die Herren vom Bundesrathliche 6, 7, 10 Jahre herumgehetzt würden, wenn sie keinen Ort hätten, wo sie ihr Haupt hinlegen können, würden sie gerade so gereizt sein, und in heftigerer Tonart reden

als jetzt, wo sie im ruhigen Besitz der Macht sind.

Die nächste Stelle des Berichts lautet: „Zu diesem Zwecke,“ — nämlich um Zeitungen aufrecht zu halten, die Unzufriedenheit zu nähren — „würden im Stillen Beiträge gesammelt, nicht minder zum Unterhalte der geschäftsmässigen Agitatoren, welche ihre aufreizende Thätigkeit fortsetzten.“

Meine Herren, das leugno ich in toto; es ist nicht wahr, dass zum Zwecke der Agitation und Aufregung in Berlin Beiträge gesammelt worden sind. Wenn gesammelt worden ist, so war es in Privatkreisen, so war es, wie es später selbst im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus geschehen ist, für Nothleidende — so geschah es aus reiner Humanität, und wahrlich die Humanität werden Sie doch nicht in Acht und Bann gethan haben wollen durch dieses Sozialistengesetz.

Wenn ferher in dem Bericht gesagt wird, dass die Agitatoren speziell in Berlin ihre aufreizende Thätigkeit fortgesetzt hätten, so ist das vollständig

unwahr und verlange ich hierfür die Beweise.

Weiter heisst es:
"Auch zeigte sich, dass hiesige Sozialdemokraten mit russischen Nihilisten und anderen Radikalen im Ausland in Verbindung standen."

Meine Herren, das Wahre hieran ist, dass einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, nämlich Baumann, Körig und zwei andere Ausgewiesene privatim mit zwei russischen Studenten verkehrt haben. Diese beiden russischen Studenten sind auch verhaftet worden, man hat sie für Nihilisten, Konspirateure gehalten, die das Leben irgend Jemand's — ich weiss nicht wessen, bedrohen sollten. Man hat Haus-suchungen bei ihnen und bei Anderen gehalten. Was hat man gefunden? Nichts. Man hat die Leute aus Mangel an jeglichem Belastungsmaterial in Freiheit setzen müssen, man hat sie nicht einmal nach Russland ausgeliefert, wozu man unter andern Umständen sicherlich sehr geneigt gewesen wäre. Und aus dem Privatverkehr

einiger deutscher Sozialisten mit zwei Russen, von denen nicht der Beweis hat geliefert werden können, dass sie sich irgendwie eines verbrecherischen Strebens schuldig gemacht, — daraus soll nun der Schluss gezogen werden, dass wir, dass die Sozialisten Berlins mit den Nihilisten in Verbindung stehen! Was heisst Nihilist? Das ist der Wauwau, der Mann, der das fürchtbare Messer schwingt, der Mann, der schießt und sticht, und mit dem man den friedlichen Bürger ins Bockshorn jagt.

Meine Herren, was hat die deutsche Sozialdemokratie mit den wirklichen Nihilisten zu thun? Nicht der leiseste Zusammenhang hat nachgewiesen werden können. Wenn aber jeder Russe als Nihilist zu betrachten ist, so wette ich, dass die Herren da oben am Bundesrathstische viel mehr mit Nihilisten zu thun gehabt haben und noch haben, als wir. Wis sind mindestens ebenso unschuldig wie sie.

»Durch die im Vorstehenden dargelegten Bestrebungen der Sozialde-

„mokratie — ich lese weiter — waren
 „Berlin und seine Umgebung mit
 „Gefahr für die öffentliche Sicher-
 „heit umsomehr bedroht, als hier die
 „Anzahl der Sozialdemokraten über-
 „haupt, sowie die Leiter und Agitatoren
 „eine sehr grosse, ihr Zusammenhalten
 „ein sehr festes, ihre Parteithätigkeit
 „eine weitumfassende und rührige war.
 „Uebrigens wurde die Absicht, die Ag-
 „itation hauptsächlich in Berlin zu kon-
 „zentriren, durch den Zuzug eines der
 „bekanntesten Führer bestätigt, und es
 „war zu erwarten, dass dieser Vorgang
 „Nachfolge finden werde.“

Es wird hier gesagt, dass wir unsere
 Agitation auf Berlin konzentriren woll-
 ten. Davon weiss ich nichts, und den
 Beweis ist der Herr Graf zu Eulenburg
 wie der Graf zu Stolberg schuldig ge-
 blieben. Ich leugne es und wiederhole
 (zu dem Bundesrathstisch gewandt):
 wenn Sie nicht die Beweise liefern, so
 haben Sie auf Grund ungenügender In-
 formation hier eine falsche Behauptung
 aufgestellt. Das einzige Körnlein von
 Wahrheit in diesem Passus ist, dass

„einer der bekanntesten Führer“ nach
 Berlin hüt zuziehen wollen. Wor aber
 ist der bekannte Führer, der Mann,
 von dem man denken sollte, dass er die
 Reichshauptstadt mit Gesetzlosigkeit
 und Gewaltthätigkeit erfüllen werde?
 Es ist unser Kollege Hasselmann, der
 jahrelang unbehelligt in Berlin gewohnt
 hat, der als Zeitungsredakteur und
 Agitator hier ein Jahrzehnt lang thätig
 gewesen und während dieser Zeit nie-
 mals mit dem Gesetz in Konflikt ge-
 kommen ist, und das zu einer Zeit, wo
 ohne weit freiere Sprache in der Presse
 herrschte, als vor der Proklamirung
 des Sozialistengesetzes, — kurz, ein
 Mann, dem nicht die geringste unge-
 setzliche Handlung hat nachgewiesen
 werden können, ja, der nicht einmal
 angeklagt worden ist, ausser in der
 letzten Zeit, und dann durch alle In-
 stanzen glänzend hat freigesprochen
 werden müssen. Also diesen Mann,
 dem Sie nicht die geringste Unge-
 setzlichkeit vorwerfen können, stellen Sie
 hin als einen gefährlichen Umsturz-
 mann, von dem Sie befürchten, dass

er durch seine blosse Anwesenheit hier die öffentliche Sicherheit bedrohe. Ich dünkte, Sie dürften überzeugt sein, dass, wenn Hasselmann die Absicht gehabt hat, nach Berlin zu ziehen, er zu gleicher Zeit die Absicht gehabt hat, jetzt das Gesetz mindestens ebenso zu respektieren, als er es früher respektirt hat.

(Fortsetzung in nächster Nummer.)



Aus Schwaben.

Stuttgart, 26. März.

Es ist beliebt, die Staatsanwälte hart mitzunehmen. Was vermöchte aber ein Staatsanwalt ohne dienstwillige Richter? Was wäre Tessedorf in Berlin ohne die berichtigte 7. Deputation? — Ich will gegen die Richter im Allgemeinen keinen Vorwurf erheben, aber einzelne sind darunter, die ihre Würde als Richter einem Winke von Oben Preis geben, — knechtsollige

Naturen, denen ein allergnädigstes Lächeln mehr gilt als das Bewusstsein richterlicher Rechtschaffenheit, — hilfsbereite Liebediener der Reaktion, und ihre brutalsten Handlanger.

Da gehört vor allen Dingen Einer an den Pranger — neben dem Kreisgerichtspräsidenten von Kern ist es wohl auch der einzige — der Stadtrichter Köhn in Stuttgart. Ich möchte diesen Menschen Staatscharfrichter nennen, und für die Gerechtigkeit ist er es. Sie wird von ihm hundertfach hingerichtet. Sonst wäre freilich diese Bezeichnung ein Hohn auf seine kranke Jammergestalt.

Seit dem Juni v. J. hat Schwaben ohne Sozialistenhetze wie kein anderer Theil Deutschlands, von welcher aber nach Aussen wenig verlautet hat, weil die schwabische, namentlich die Stuttgarter Presse die offenkundigsten, schreiendsten Thatsachen systematisch verschwiegen.

Ohne den genannten Köhn wäre diese wüthende Hetze, wären diese vielmuthlichen Einsperungen von Ka-

millionvierteln, die langen Untersuchungshafte, die verschiedensten Chikanen, unmöglich gewesen.

Dieser erbarmliche Pollzist hinter'm Richtertische, schlimmer als jeder andere Pollzist, weil mit der diskretionären Richtermacht bewaffnet, — machte sich willig zum Büttel. Nicht umsonst ist er vorher lange Staatsanwalt gewesen, — eine gute Schule!

Ungerechte, vorurtheilsvolle Parteinahme gegen den in „Untersuchung Gezogenen kennzeichnet den Stuttgarter Stadtrichter. Er sucht nicht die Wahrheit, sondern was der Staatsanwalt braucht, und die Kautschuknatur unserer Strafgesetze macht es ihm leicht, immer zu finden, was er sucht. Er an erster Stelle hat die berüchtigten Vorurtheilungen vor dem Esslinger Schwurgericht vom 1. Oktober v. J. er möglicht. Die „Geschworenen“ thaten natürlich auch ihre „Pflicht“ (wovon ein andermal).

Gleichzeitig hat diese Bulldogge als Vorstand des Gefängnisses die gefangenen Sozialisten „fühlen“ lassen,

dass sie „gefährlicher als Spitzbuben“ seien. Ob er seinen Orden wegen der als Richter oder wegen der als Gefängnisdirektor geleisteten Dienste erhalten hat, ist schwer zu sagen, aber das ist sicher: so lange dieser Köhn Stadtrichter in Stuttgart ist, wird in Stuttgart die Achtung vor dem Richterstande immer tiefer sinken.

Stuttgarter Zeitung

Auf Grund mehrseitiger Anfragen sahen sich die Abgeordneten unserer Partei, deren Namen hier folgen, zu der Erklärung veranlasst, „dass sie an der vom Abgeordneten Hasselmann redigirten Zeitschrift „Deutsche Zeitung“ in keiner Weise theilhaftig sind.“

Bebel, Fritsche, Kaiser, Liebknecht, Reinders, Vahlteich, Wiemer.

Durch uns sind zu beziehen:

New Yorker Volkszeitung;

Philadelphia Tagblatt;

Volksstimme des Westens (Wochen-
Ausgabe).

Ferner alle von der deutschen Regierung
verbotenen Schriften.

Die Expedition.

Briefkasten.

R. 5 M. erhalten.

L. in B. 19 Fr. 50 C. erhalten.

Für die nothleidenden Familien.

Von Schlott 5 Fr.

Zusammen 83 Fr. 69 c.